

Flammen
Tokio, 14. Januar.
a 3600 Tonnen große
holstische Meer in
reiche Passagiere an
hen.

ständiger preußischer
Leiter der Politik
Ministerium, Minister
aus dem Innenmi-
nisterium Dr.
Verwendung Dr.
Botschaften noch aus
nationalen An-
treten im Innenmi-
nisterium wird, tei-

Epiphania wird
7, 10 bis 17 ge-

den.

der Gruppenmütter

naftik.

um, Am Mittwoch,
gezeigt, u. zwar:
film: „Wann wir

zum Kap.

r für die Frauen-
ußer, um 8 Uhr für

u 30 Pfg. für Ju-
g. für Erwachsene
und 60 Pfg.

en: Großstadtland
den den Sehnsuchts-
en nach Licht und
hythmus, mit fort-
der lebendige An-
schau und frei wird

Dieser Film hat
Glück des Nation-
film führt uns auf
mit seinen wechse-

Täglich muß die
ch Umschriften auf
nur Bethel, aber
Handelt es sich
ist die Auffindung
jemand, der nur
die Unterbringung
geben ist, bei den
ethel recht schwer,
ollen wir deshalb
ft: „Unbestellbare
im Pfortnerhaus-
egt dort ein Brief
Mannheim.

d Weltpolitik: Dr.
Bethel. Zuschriften
ch 28. Für Geld-
„Aufwärts“, Christ-
ruf 3911/3919, Amt
alt Bethel.

Evangelischen
orf, Dortheenstr. 85

von 18 Jahren an
gerinnen aus.
tischer Lehrkursus

Verpflegung und
durch die Oberin.

auscht!

aubenshelden
Bristol

geb. 4.50 M.
in jedes Christen-
ein anderes zum
et das Gebets- u.
Weise, zeigt die
den Christen zum
hen Gut und zu
es Christentum!

West-Rheinland

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 (Schickung beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingangsnummer 10 Pfg. Postfach 1000 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Rückergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Kleinere 5 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
1000 Hannover 67 377.

Nr. 14. Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 17. Januar 1933. 15. Jahrgang.

Wenn wir wie Brüder beieinander wohnen
und, irt ein Bruder, seiner Schwäche schont,
Wie ähnlich würden wir dir, Herr, schon hier auf Erden,
Wie selig werden.
J. A. Kramer.

Um die internationalen Schuldverpflichtungen.

Frankreich und England haben ihre endgültige Zustimmung zum Lausanner Abkommen davon abhängig gemacht, wie Amerika sich in der Kriegsschuldensfrage verhält. Schon wird davon gesprochen, den Youngplan wiederherzustellen. Das wird niemals geschehen können, denn Deutschland ist längst am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Kein verantwortlicher deutscher Staatsmann, mag er kommen, von welcher politischen Richtung er will, wird sich bereit finden, die Verpflichtung zu neuen Zahlungen wieder aufzunehmen. Jeder gewaltsame Druck, der in dieser Richtung auf uns ausgeübt werden würde, müßte entweder unsern währungspolitischen Zusammenbruch herbeiführen oder uns auf Wege führen, die uns völlig aus dem kapitalistischen System, in dem die Weltstaaten uns erhalten wollen, hinausführen würden.

Man könnte nun allerdings schließen, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Amerika auch großmütig seine Forderungen streichen würde, nachdem England und Frankreich u. die anderen Staaten auf den Reparationsempfang durch Deutschland verzichtet haben. Zum endgültigen Wiederaufbau der Weltwirtschaft würde ein solches Verhalten allerdings unendlich viel beitragen, ja, es darf behauptet werden, daß ohne ein Entgegenkommen Amerikas ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Völker im Weltverkehr nicht wieder möglich sein wird. Das alles weiß Amerika; es weiß auch, daß es das Krisenende bei sich selbst auf unbestimmte Zeit hinaus verlagert, und dennoch besteht es auf Zahlung. Es müssen doch wohl recht gewichtige Gründe vorliegen, wenn es auf seiner Forderung besteht, und die finden wir, wenn wir der Frage nachgehen, wie diese Schuldverpflichtungen an Amerika entstanden sind. Die Kredite, die Amerika den Schuldnerstaaten gewährt hat, sind in Form von Anleihen von Amerika aufgebracht worden. Der amerikanische Staat schuldet seinen eigenen Bürgern also dieselben Summen, die er von seinen Schuldnerstaaten zu fordern hat. Wenn er auf seine Forderungen verzichtet will, dann kommt er seinen eigenen Gläubigern gegenüber in eine schlimme Lage. Er kann sich seiner Verpflichtung zur Rückzahlung nicht entziehen, das würde einem Staatsbankrott gleichkommen. Aber wie soll er die Anleihebesitzer entschädigen? Durch Steuern die erforderlichen Summen aus dem Volk herauszupressen, um wenigstens den Zinsendienst fortsetzen zu können, ist ein gewagtes Unternehmen, denn dadurch müßten die Ansätze zur Wirtschaftsbelebung im eigenen Lande wieder zerstört werden. Die Regierung würde aber auch im Volk auf den heftigsten Widerstand stoßen. Mag der Amerikaner uns sonst auch nicht als besonders zart befehlten erscheinen, in einem Punkt hat er eine ganz feine Empfindsamkeit, das ist in Sachen des Geschäfts. In allen Geldangelegenheiten verlangt er peinlichste Sauberkeit. Für die Streichung der Reparationen zeigte er größte Bereitwilligkeit, er würde es aber niemals entschuldigen, wenn wir z. B. die Dawesanleihe nicht zurückbezahlen wollten. Die Reparationen waren keine geschäftliche Verbindlichkeit wie die Anleihen. Wir sehen darum, wie der Präsident Hoover diese vrenzlichste aller Gegenwartsfragen seinem Nachfolger zur Erledigung überläßt.

Um wenigstens den Zinsendienst fortsetzen zu können, fordert darum Amerika die fälligen Zinsen von den Schuldnerstaaten ein. Es handelt sich dabei um beträchtliche Summen. Die Gesamtforderungen Amerikas an seine Schuldner belaufen sich auf rund 40 Milliarden Mark. England hatte zum 15. Dezember an Zinsen allein 65 Millionen Dollar, also reichlich eine Viertel Milliarde Mark zu zahlen; Frankreich sollte 80 Millionen Mark an Amerika und etwa dieselbe Summe an England zahlen. Die Gesamtzinsensumme, die Amerika zum 15. Dezember zu erwarten hatte, betrug an Zinsen allein etwa 400 Millionen Mark, mit Amortisationen rund 500 Millionen Mark. Allerdings haben einige Staaten den Aufschub für die Kapitalzahlungen angemeldet. England hat Blätternachrichten zufolge bereits mit der Verschiffung der Geldbeträge begonnen, aber es hat gleichzeitig in einer Schuldennote an Amerika erklärt, daß es unter diesen Umständen das Lausanner Abkommen nicht ratifizieren könne, und daß es die an Frankreich, Polen, Italien, Bel-

gien und andere Staaten während des Krieges verliehenen Summen auch zurückfordern müsse. Wir erkennen also, unter welchen außerordentlichen Schwierigkeiten Amerika und England augenblicklich stehen. Frankreich wäre unter Hingabe seines Goldschatzes wohl instande, seine Schuldverpflichtungen an Amerika zu tilgen; aber dieser Entschluß fällt den Franzosen schwer. Diese Haltung Frankreichs wirkt aber auf Amerika in dem Sinne einer Aufrechterhaltung seiner Forderungen. Es sieht, wie Frankreich Milliarden über Milliarden zu seiner eigenen Rüstung und zu militärischen Ausrüstung seiner Vasallenstaaten aufzubringen vermag, sich aber außerstande erklärt, 200 Millionen Mark jährlich zur Bezahlung seiner Schulden aufzubringen. Die Schuldennote Frankreichs an Amerika wirkt wie eine Groteske, wenn man gegeneinander hält, was Frankreich nicht leisten zu können behauptet und was es von Deutschland an Leistungen gefordert hat.

Wenn man so in das Gebiet internationaler Finanzverflechtungen hineinklickt und die Störungen erkennt, die durch die entstandenen Unausgeglichenheiten hervorgerufen sind, und die Leiden sieht, die damit über die Völker kommen, dann kann man sich der Wahrheit des Wortes nicht entziehen: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“ Die Sünde war der Weltkrieg, an dem alle teilgenommen haben, und alle müssen nun auch die Folgen tragen. Schon lange wissen wir es, daß nicht die Unterlegenen allein die Leidtragenden sind. Uns hat man wie eine Zitrone ausgepreßt. Im Augenblick scheint die Lage Amerikas und auch Englands nicht rosig zu sein als unsere. Man darf aber nicht vergessen, daß England noch immer der Weltgläubiger ist, und daß die Summen, die England einzufordern hat, doppelt so groß sind als die Amerikas. Wir erkennen daraus, wie die Schuldenfragen an die Grundlagen der französischen Wirtschaft rühren, und an der nervösen Haltung der französischen Regierung merken wir, wie diese Erschütterungen, die bis ins Mark gehen, empfunden werden. Es ist heutzutage nicht so einfach, „Sieger“ zu sein.

So erscheint die Lage, wenn man sie nach der offiziellen Darstellung betrachtet, aber wir sind es schon gewohnt, alle Wirtschaftsfragen auch von der Seite der internationalen Finanz aus zu untersuchen, weil wir wissen, welches Mitbestimmungsrecht sie besitzt. Die amerikanische Finanz scheint dem Gedanken einer Schuldentilgung nicht so abgeneigt zu sein. So äußerte kürzlich Dr. Anderson, der Vertreter der Chase National Bank, New York, vor der Handelskammer in St. Louis: „Es liegt nicht in Amerikas Interesse, auf unmittelbarer Zahlung zu bestehen. Schon das Bestehen der Schulden hat sich als einer der Hauptgründe für die Fortdauer der Depression erwiesen. u. wenn die Schuldentilgung der einzige Ausweg ist, würde ein solcher Schritt von wirtschaftlichem Nutzen für Amerika sein. Die Frage ist daher berechtigt, ob Amerika auf dem Buchstaben seines Vertrages bestehen soll, oder ob es nicht richtiger ist, umgehend mit allen in Betracht kommenden Ländern Verhandlungen aufzunehmen, um das Beste herauszubekommen und eine schnelle Lösung des Schuldenproblems herbeizuführen.“

Wenn das die Stellungnahme der amerikanischen Finanz ist — und warum sollte sie es nicht sein — dann läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, wie der weitere Verlauf der Angelegenheit sein wird. Amerika wird in eine Herabsetzung der Schuldverpflichtungen einwilligen, ja, es wird 50 Prozent. Vor einem halben Jahr hieß es allerdings noch: „Das ist ja Bankrott; sollen wir so ungeheure Verluste auf uns nehmen, die sich auf Krisenziffern aufbauen und darum morgen schon wieder überholt sein können?“ Das „Morgen“ von „gestern“ ist das „Heute“, und das sagt, daß das Schuldenproblem a 11 e i n für die Krise verantwortlich ist. Ob das ganz richtig ist? Waren es gestern nicht die Reparationen a 11 e i n? Wir werden die Antwort bekommen wenn das Schuldenproblem beseitigt ist. Um den so entstandenen Verlust von sich abzuwälzen, wird der amerikanische Staat nichts dagegen einzusetzen haben, wenn die Finanz den Wareninbez anstiegen läßt. Das ist ja nichts Auffälliges. Stieg doch in den Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges der Index von 60 auf 100 und bis 1920 allmählich auf 250. Bis 1924 fiel er auf 150 zurück und jetzt steht er vielleicht wieder auf 60 bis 70. (Der Index von 1914 ist hier auf 100 gesetzt.) Amerikas Finanz wünscht seit einem Jahr bereits eine „kontrollierte Inflation“, die den Index auf etwa 150 hinaufstreben soll. Durch eine solche Maßnahme senkt sich ganz automatisch auch die innere Schuld um 50 Prozent. Bei guter Wirtschaftslage läßt sich dann die Kriegsanleihe in eine Staatsanleihe umwandeln und auch tilgen. Das System wird gerettet und niemand merkt etwas von dem Betrug.

Und was erwartet Amerika als Gegengabe für den Liebesdienst von seinen Schuldnern? Nur eine Kleinigkeit. — Die Rückkehr aller Staaten zum Goldstandard. Auch England soll wieder eingespannt werden.

H. Vogts, Kiel.

Unser Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg.

Reichskanzler v. Papen war der erste deutsche Staatsmann, der es versucht hat, den Motor des Wirtschaftslebens mit Hilfe eines umfassenden Programms wieder anzukurbeln. Auch der heutige Reichskanzler v. Schleicher bewegt sich auf dieser Linie und glaubt, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen großen Stils, besonders auf dem Gebiet des Kreditwesens und einer damit im Zusammenhang stehenden Arbeitsbeschaffung, der Not der Zeit Herr werden zu können. Notverordnungen, die seinen Plänen Gesetzeskraft verleihen sollen, sind zum Teil erschienen, zum Teil in nächster Zeit zu erwarten.

Obwohl es nun ein von weitgehendster Uebereinstimmung getragenes Urteil ist, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß, um unsere wirtschaftlich-materielle Lage zu verbessern, gibt es doch Wirtschaftstheoretiker, die darin eine Gefahr sehen und vor einer Krisenbekämpfung mit Hilfe „künstlicher Mittel“ warnen. Sie machen geltend, daß sich die Anzeichen eines Konjunkturaufschwunges schon in der Mitte des vergangenen Jahres bemerkbar gemacht hätten, also zu einer Zeit, als von den Papenschen Wirtschaftsplänen noch nichts bekannt und nichts in die Praxis umgesetzt war. Nun ist es allerdings wahr, daß sich vor den Papenschen Septembernotverordnungen bereits Anzeichen eines Aufstieges und einer Besserung der Weltwirtschaftlage geltend machten; jene Wirtschaftstheoretiker übersehen aber, daß auch schon vor Papen mancherlei geschehen und geschaffen ist, was das Tempo der Wirtwärtsbewegung hemmend beeinflusst hat. So erinnert ein junger Nationalökonom, Dr. Bode, in einem Fachorgan der Postbeamten, in der „Deutschen Postzeitung“ daran, daß durch Gründung der Akzeptbank A.G. im vergangenen Jahre es ermöglicht wurde, Finanzwechsel in Milliardenhöhe reichsbankdiskontfähig zu machen, und daß weiterhin durch Prägung von Silbermünzen zur Deckung der monatlichen Defizite des Reiches Neugeld in Höhe von etwa einer Milliarde RM geschaffen worden sei. Beides seien theoretisch rein inflatorische Maßnahmen; denn Neugeld dürfe nur im Zusammenhang mit der Erzeugung von Konsumgütern geschaffen werden, u. dieser Zusammenhang fehle hier. Wenn sich trotzdem keine inflatorischen Wirkungen gezeigt hätten, so liege es daran, daß andererseits durch die Kreditabzüge des Auslandes, durch Notenhortung u. a. noch weit stärkere deflatorische Kräfte am Werk gewesen seien. Man dürfe auch nicht vergessen, daß Hoover in den Vereinigten Staaten ganz ähnliche Maßnahmen, nur in viel größerem Stil, durchgeführt habe, und wenn man feiner in Betracht ziehe, daß in den letzten Jahren bei schnell schrumpfender Wirtschaftstätigkeit die Goldproduktion eine solche Höhe erreicht habe, daß zusammen mit der Auflösung mancher indischer Goldhorte der monetäre Goldbestand der Welt sich um zwei bis drei Milliarden RM erhöht habe, so könne man wirklich nicht sagen, die Konjunktur habe jetzt so ganz „von allein“ ihren Wendepunkt und einen Aufstieg erreicht.

Es ist also Torheit, das Vorgehen der heutigen Regierung und ihr Ankurbelungsprogramm zu bekämpfen. Jene Wirtschaftstheoretiker vergessen auch, daß die Vertreter des liberalistischen Grundgesetzes vom „laissez faire“ schon vor Jahrzehnten in der Praxis von dem abgewichen sind, was sie in der Theorie vertreten haben. Was bedeuten denn die mannigfach gearteten Trusts, Syndikate, Kartelle, Ringe in geschäftlichen Unternehmungen von Handel, Gewerbe und Industrie in vorhergehenden Jahren anders als einen planmäßigen Eingriff in das Gefüge des Wirtschaftslebens. Mit Hilfe dieser Schöpfung wollte man doch nichts weiter als dem Wirtwart der Preisbildung auf dem Warenmarkt steuern, sowie der Konkurrenz u. Ueberproduktion einen Riegel vorschieben. Es sollte also einer Räumung des Warenmarktes und des gesamten Wirtschaftslebens durch Gründungen solcher Art vorgebeugt werden. Die heutige Notzeit bedingt aber eine viel umfangreichere Steuerung der Wirtschaft, weil wir an einer Ueberproduktion leiden, wie sie die Geschichte des Wirtschaftslebens noch nicht gekannt hat. — Früher konnten wir Wirtschaftskrisen in sich selbst austoben lassen; heute brennt uns das Feuer der Massenarbeitslosigkeit auf den Nägeln, und wir können nicht mehr, was wir einst konnten. Daher die Ankurbelungsversuche

411

Städte-Bibliothek

S 839

der Wirtschaft durch Steueranrechnungsscheine, Neueinstellungsprämien, Reparaturbeihilfen, Tariflockerungen, freiwilligen Arbeitsdienst, Siedlungsbestrebungen, Kreditausweitung u. a.

Nun sagen die liberalen Wirtschaftstheoretiker. Die Wirtschaft habe ihre Eigengefehrlichkeit und die müsse man respektieren. Alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung seien Eingriffe in diese Eigengefehrlichkeit, vor denen man sich hüten müsse. Angesichts der Eigengefehrlichkeit der Wirtschaft seien die periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen, unter deren Druck wir heute stehen, etwas Zwangsläufiges und schicksalhaft. Notwendiges, an dessen Ablauf man nichts ändern könne und nichts ändern dürfe. Menschen hätten auf die Periodizität solcher Krisen keinen Einfluß und hätten auch nicht Schuld an ihrem Ausbrechen. Es sei darum ebenso einsichtig, diesen schicksalhaft-notwendigen Abläufen gebieten zu wollen, als es töricht sei, darin etwa ein Gottesgericht zu sehen. Gott müsse hier vollständig ausgeschaltet werden; er habe mit diesen auf rein mechanischer Linie stehenden Vorgängen etwa soviel zu tun wie die Erdbebewegung mit dem Vogelflug.

Ist es nun wirklich wahr, daß jene Wirtschaftskrisen rein mechanische Vorgänge und periodische Abläufe darstellen, mit denen der Mensch und der weltregierende Gott nichts zu tun hat?

Jede Wirkung hat doch eine Ursache und ist ein Bild ihrer Ursache. Was ist denn die Ursache unserer heutigen Wirtschaftskrise und die Ursache aller vorausgegangenen sogenannten Konjunkturkrisen? — Ist nicht die letzte und tiefste Ursache unserer Wirtschaftskrise das materialistische, entartete Denken des Menschen? Sind es nicht im letzten Grunde Geld- und Genußgier, Selbstsucht, Habgier, Wille zur Macht, Mammonismus, die das wirtschaftliche Leben erschüttern haben und den objektiven Bestand unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens bedrohen? Und sind nicht jene untermenschlichen Triebe auch schließlich die letzte Ursache des politischen und wirtschaftlichen Radikalismus, der die heutige Wirtschaftsordnung in einen Trümmerhaufen verwandeln möchte?

In dieser Verkettung von Ursache und Wirkung tritt die menschliche Schuld klar zu Tage; und es ist oberflächlich zu behaupten, der Mensch sei weder schuld am Ausbrechen jener Krisen, noch könne er sie abwenden oder ihnen Einhalt gebieten. Und noch oberflächlicher ist es zu sagen, Gott müsse man bei Erörterung dieser Fragen gänzlich ausschalten, weil es sich um kausal-mechanische Geschehnisse handle. — Wer hat denn die Dinge der Natur und des Lebens in ein Verhältnis zu einander gebracht, das wir „Kausalität“ nennen? Wer hat, mit anderen Worten, die Dinge nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung geordnet? Etwa der Zufall oder irgendein blindes Ungeheuer? — Unmöglich! — Wir stoßen also auch im Wirtschaftsleben auf die Ursachen der Ursachen, auf den, der das A und das O, der Anfang und das Ende ist. In Gott findet die heutige Weltkrise ihre letzte Lösung und Enträtselung.

Wenn es aber richtig ist, daß die äußere Wirtschaftskrise eine Folge innerer Spannungen und seelisch-sittlicher Gleichgewichtsstörungen ist, wie sie in der Selbstsucht und Habgier, im mammonistischen Gelddenken zum Ausdruck kommen, dann muß eben die äußere Krise durch innere Kräfte und nicht bloß durch eine rein programmatische Tagespolitik bekämpft werden. Wir dürfen die Wirtschaft mit ihren tiefgreifenden Störungen aller Lebensverhältnisse nicht sich selbst überlassen im Sinne des „laissez faire“, sondern sie muß sich Eingriffe vom ordnenden Denken her gefallen lassen. Das ordnende Denken und Ringen um neue Aufbaupläne aber muß befruchtet sein von einem sittlich-sozialen Willen, das dem wirtschaftlich Schwachen helfen will und dessen Maxime lautet: „Jedem das Seine.“ Nur wer sozial fühlt und denkt und vor dieses Denken in wirtschaftspolitische Taten umsetzt, kann ein Reformator auf wirtschaftlichem Gebiet und ein „königlicher Meister der Distribution“ sein.

Ob der heutige Reichskanzler dieser königliche Meister sein wird, ob es ihm gelingt, das deutsche Volk aus der

Erstarrung und Mitleidigkeit emporzuführen auf eine freiere Ebene neuen Hoffens, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wirken die soeben bekanntgegebenen Durchführungsbestimmungen zu §§ 2 und 6 der Verordnung über Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und der landlichen Siedlung sehr sympathisch. Sie atmen sozialen Geist und berechtigen zu der Hoffnung, daß bezüglich der Förderung der Bodenkultur, der Instandsetzung, Verbesserung und Vervollständigung vorhandener Anlagen, der Gewährung von Darlehen an Unternehmer, der Arbeitszuweisung an Erwerbslose, Verhältnisse geschaffen werden, die das Fundament neuen Aufbaues bilden. Bei all den Anstrengungen, die der heutige Kanzler im Zusammenwirken mit dem Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gierke für Inangriffnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms macht, kann es sich zunächst nur um eine Belebung des Binnenmarktes handeln. Der Konnex mit dem Weltmarkt ist eine spätere Sorge und Aufgabe. Es muß jedenfalls aber etwas Durchgreifendes geschehen, was die Millionen, die mühsam am Wege stehen, wieder mit Hoffnung erfüllt.

Aber bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der verantwortlichen Leiter unseres Staatswesens genügt es nicht, bloß eine wirtschaftliche Wende herbeizuführen, die die Millionen Müßiger wieder in den Produktionsprozeß einschaltet, ihnen Arbeit und Brot verschafft; mit der Wende muß auch eine Wandlung verbunden sein, die den Menschen wieder hinführt zur göttlichen Lebensquelle, ohne die es keine Wandlung gibt. Dieses Ziel schwebte dem Innenminister a. D. von Geyl vor. Es ist schade, daß man ihn nicht wieder herbeigerufen hat. Es würde sich ihm heute viel Gelegenheit zu einem segensreichen Wirken bieten. — W. Rühaupt.

Schleicher fordert Wehrpflicht

Reichsgründungsfeier des Kaffhäuser-Bundes.

Berlin, 16. Januar.

Aus Anlaß der 62. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung veranstaltete der Reichskriegerbund „Kaffhäuser“ eine Wehrkundgebung, die einen eindrucksvollen Verlauf nahm. An der Kundgebung nahmen auch Reichspräsident von Hindenburg in der Uniform des Generalfeldmarschalls sowie Reichskanzler von Schleicher und der Reichsminister Freiherr von Neurath, Dr. Srup und Dr. Bracht teil. Ferner sah man den Chef der Heeresleitung General von Hammerstein sowie zahlreiche Führer der alten Armee, an ihrer Spitze der Generalfeldmarschall von Mackensen, ferner Vertreter befreundeter Organisationen und schließlich auch den früheren Kronprinzen sowie Herrn von Papen.

Nach Einmarsch der Fahnen, musikalischen Darbietungen und der Ehrung der Gefallenen rief der Bundespräsident, General von Horn, zur Bildung einer Volksgemeinschaft auf. Anschließend nahm Reichskanzler von Schleicher das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Ich freue mich, daß ich als Reichswehrminister dem Kaffhäuser-Bund der wie kein zweiter Bund in Deutschland die echte Kameradschaft auf seine Fahnen geschrieben und zur Richtlinie seines Handelns gemacht hat. Die Griffe der jungen deutschen Wehrmacht selbst bringen kann. Das Deutsche Reich, das vor 62 Jahren gegründet wurde, verdankt seine Entstehung nicht zuletzt den Ruhmestaten einer in der Organisation zwar noch nicht zusammengeschlossenen, aber in Geist und Tapferkeit einheitlichen deutschen Armee.“

Unter dem Schutz dieser Armee hat Deutschland eine lange Reihe glücklicher Friedensjahre erlebt. In vier furchtbaren Kriegsjahren hat diese Armee den Feind von Deutschlands Grenzen ferngehalten. Gerade deshalb hat diese Armee, die schließlich doch das deutsche Volk in Waffen darstellte, nichts als so fränkend, unverdient, entehrend und von Seiten des Feindes unritterlich empfunden, wie das Verbot, Waffen zu tragen.

Gilt doch dem Deutschen seit Urzeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes. Unsere Feinde wußten sehr wohl, daß sie Deutschland ins Mark trafen, als sie es wehrlos und damit zu einem Volk zweiter Klasse machten. Gegen diese Deklassierung und für die Wiedergewinnung seiner Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet hat daher das deutsche Volk und nicht am wenigsten die alten Soldaten, die sich heute hier zu einer Gedenkfeier zusammengefunden haben, sich und mit heiklem Her-

zen gekämpft, bis ihm vor kurzer Zeit dieses entscheidende Merkmal seiner Souveränität wieder zuerkannt ist.

Ich kann heute nur die Worte des Reichsaußenministers wiederholen, daß die Reichsregierung keine Abrüstungskonvention unterschreiben wird, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt. Im übrigen wollen wir nur die gleiche Sicherheit, wie jedes andere Land, und ich möchte hier erneut betonen, daß ich die allgemeine Wehrpflicht für ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel halte. Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei an erster Linie an die Miliz.

Sie sind aber überzeugt, daß die Wehrmacht, wie auch ihre äußere Form sein mag, stets von dem Geist belebt sein wird, der der Ihre war und ist. Tradition, wie wir sie auffassen, ist nicht an Zahlen und äußere Formen gebunden. Tradition ist die Verpflichtung zu den alten Soldatentugenden des Gehorsams und der Kameradschaft. Daß die Kameradschaft innerhalb der Reichswehr im gleichen Maße gepflegt wird wie in der alten Armee, ist für uns selbstverständlich. Auch zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht besteht engste Kameradschaft.

Heute aber tut noch eine andere Kameradschaft not, eine Kameradschaft, die sich auch nach außen hin zeigt in dem Gefühl enger Verbundenheit mit allen deutschen Volksgenossen. Ich habe in letzter Zeit ganz besonders erfreuliche Zeichen solchen Empfindens in der Reichswehr gefunden, wo Truppenteile und Schiffsbesatzungen in Hilfsmäßen für die notleidende Bevölkerung wirkten, und wo von allen militärischen Kommandobehörden jede Maßnahme mit Verständnis und freudiger Zustimmung unterstützt wurde, die dazu geeignet war, Erwerbslosen Brot und Arbeit zu bringen. Ich wünsche, daß solche Beispiele freiwilliger Opferbereitschaft in allen Kreisen des Volkes Nachahmung finden.

Sachliche Arbeit

Tradition ist aber auch die Verpflichtung zu gleicher sachlicher Arbeit, zu gleichen Leistungen im Dienst des Vaterlandes, wie sie in der alten Armee selbstverständlich waren. Leuchtendes Vorbild dafür bleibt uns allen, alt und jung, unser hochverehrter Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident.

Ich kann das Wesen dieser Tradition nicht besser umschreiben als mit den Worten, die der Feldmarschall der jungen Wehrmacht zurief, als er im Jahre 1925 den Oberbefehl über die Reichswehr übernahm: „Im alten Sinn für Pflicht und Ordnung liegen ihre Wurzeln, ihr Handeln aber gilt der Gegenwart und Zukunft, den Dienst an Volk und Staat.“

In diesem Sinne gilt ebenso wie für die Wehrmacht für das gesamte deutsche Volk an diesem Gedenktag für die Reichsgründung das Wort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Memel bleibt deutsch

Memellandkundgebung der heimattreuen Ost- und Westpreußen.

Tilsit, 16. Januar.

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Einbruchs litauischer Freischärler in das Memelgebiet veranstaltete der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen in Tilsit eine große Kundgebung. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Salge-Tilsit betonte der Vorsitzende des Reichsverbandes, Oberbürgermeister Hoffmann, das Memelgebiet habe niemals zu Litauen gehört und bleibe alle Zeit treudeutsch. Redner gab dann eine eindrucksvolle Schilderung der zahlreichen Verfehle Litauens gegen die memelländische Autonomie. Richter, Ärzte, Redakteure, Lehrer, Geistliche und andere Beamte seien ausgewiesen worden, im Landtag sei man wiederholt mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen, und die Gleichstellung der beiden Sprachen deutsch und litauisch stehe nur auf dem Papier.

Es werde der Tag kommen, erklärte Oberbürgermeister Hoffmann, an dem es den Litauern leid tun werde, so mit dem Memellande umgegangen zu sein. Das deutsche Volk spüre auch in seiner Nachsichtigkeit die Wunden, die die Litauer dem Memelland beigebracht hätten und noch beibrächten. Wenn auch die Aelteren, die den Krieg mit all seinen unerhörten Schrecken kennengelernt hätten, ihn mit allen Mitteln auch für die fernste Zukunft vermeiden wollten, so komme doch eine Generation, die die erlittenen Wunden heute noch ganz anders empfinde.

Andererseits würde das deutsche Volk nach Bereinigung der Memelfrage dem litauischen Volk ein in jeder Beziehung wertvoller Freund sein, und ein ewiger Friede könnte zwischen beiden Völkern herrschen.

die erste Zeitung, die auf der Schnelldruckpresse Königs geworden war. Die Leistungsmöglichkeiten waren mit einem Rud verzehnfacht. König fand in dem Stuttgarter Mechaniker Bauer einen getreuen Helfer, von dem er erklärte, daß er „durch sein Urteil und die Genauigkeit der Ausführung sehr mit zum glücklichen Erfolg meiner Anstrengungen beigetragen.“ 1817 kauften König und Bauer das säkularisierte Kloster Oberzell bei Würzburg und errichteten dort eine Fabrik für Schnelldruckpressen, und 1824 erschien in Augsburg die „Allgemeine Zeitung“ als erste deutsche Zeitung, die mit einer Schnelldruckpresse gedruckt war.

Alle Schwierigkeiten wurden durch eisernen Fleiß überwunden, auch das Revolutionsjahr 1830, in dem die Bestellungen aus Frankreich ausblieben, weil in Paris die Drucker die Schnelldruckpressen zerlegten hatten. Das Zylinderprinzip in der Druckerei, das König bei seiner Erfindung zuerst anwandte, bedeutete den Übergang zur modernen Rotationsdruckmaschine.

Friedrich König wurde am 17. April 1775 zu Eisleben als Sohn eines Aderbürgers geboren und trat mit 14 Jahren als Lehrling in das Leipziger Buchdruckerhandwerk ein. Er arbeitete hart und fleißig. Schon damals benutzte er jede freie Minute, um sich weiterzubilden und vorwärtszukommen. Man möchte jedem Bekehrten einen solchen Mann vor Augen halten, damit er seinem Streben eine Richtschnur gebe. So schlicht die Zeiten auch heute sein mögen, die Jugend darf dennoch nicht die Flinte ins Korn werfen. Über glaubt man etwa, daß es im Jahre 1814, als König seine Schnelldruckpresse erfand, unmittelbar nach den Verwüstungen der napoleonischen Kriege besser in Europa ausgehen hätte als heute? Arbeiten und nicht verzweifeln ist immer eine Lösung, die vorwärts führt. So sei der Erfinder der Schnelldruckpresse an seinem 100. Todestag als leuchtendes Beispiel deutschen Erfindertums und unermüdeten Fleißes gepriesen.

Jubiläum der Rettungsmedaille.

Am 1. Februar fährt sich zum 100. Male der Tag, an dem Friedrich Wilhelm III. von Preußen die Rettungsmedaille am Bande als höchste Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr gestiftet hat. Aus diesem Anlaß wird der Reichsverband der Inhaber der Rettungsmedaille am Bande und anderer Auszeichnungen für Rettung aus Gefahr in den Tagen vom 28. Januar bis 1. Februar in Berlin eine Gedenktagung abhalten, in deren Mittelpunkt eine am Nachmittag des 29. Januar im ehemaligen Herrenhause stattfindende Festkundgebung steht. Vorher wird am Denkmal Friedrich Wilhelms III. ein Kranz niedergelegt werden.

Nicht jeder Lebensretter erhält die Rettungsmedaille am Bande. Die Rettungstat als solche genügt zu ihrer Verleihung nicht; es sei denn, daß einwandfrei feststeht, daß die Rettung unter Einsatz des eigenen Lebens durchgeführt worden ist. Für Rettung aus Gefahr gibt es in Preußen vier Stufen der Auszeichnungen: Öffentliche Belobigung, Geldbelohnung, Erinnerungsmedaille, die nicht am Rock getragen wird, und als höchste Auszeichnung die Rettungsmedaille am gelb-weißen Bande.

Die Anregung zur Stiftung einer Auszeichnungsmedaille für Lebensretter gab bereits im Jahre 1802 der damalige Brandrat des Kreises Teltow von Hake, in dessen Verwaltungskreis sich eine Reihe von verheerenden Feuerbrünften zugetragen hatte. Friedrich Wilhelm III. ließ durch Schadow und Engel eine Rettungsmedaille entwerfen, die, ohne behördliche Genehmigung allerdings, am hellblauen Bande auf der Brust getragen wurde. 1833 stiftete der König die Rettungsmedaille neu und ordnete ihre Prägung in Silber an. Damals erhielt sie das gelb-weiße Band. Von diesem Zeitpunkt ab durfte sie auch öffentlich getragen werden. Als nach dem Umsturz die Orden abgeschafft wurden, wurde vom Jahre 1919 ab auch die Rettungsmedaille nicht mehr verliehen. Erst durch den Beschluß des preussischen

Staatsministeriums vom 9. Juli 1925 wird sie als Verdienst- und Ehrenzeichen wieder ausgegeben.

Der Erfinder der Schnelldruckpresse.

Zum 100. Todestag Friedrich Königs.

Mit dem Wissensstoff, der uns heute allseitig durch unsere Zeitung über alle kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Geschehnisse in der Welt zugetragen wird, wären wir im Mittelalter die reinsten Wunder an vielseitigem Wissen gewesen. Wir aber nehmen die Zeitung jetzt wie eine Selbstverständlichkeit hin. Wieviel Erfindergeist und Arbeit dazu gehörten, um die breiten Massen des Volkes am interessantesten Buch und an der täglichen Zeitung teilnehmen lassen zu können, ist uns schon gar nicht mehr bewußt.

Ein Deutscher war es, der die ersten beweglichen Drucktypen schuf, und mit dem Wunderwerk Gutenbergs konnte ein fleißiger Drucker etwa 50 Abzüge in einer Stunde machen. Deutsche waren es — Raßenein und Mergenthaler — die den größten Ruhmesanteil an der modernen Typensetzmachine hatten, und Friedrich König, der vor 100 Jahren am 17. Januar 1833, verstarb, erfand die erste leistungsfähige Schnelldruckpresse. Durch seine Erfindung wurde der Weg zur heutigen Entwicklung des Zeitungswesens frei gemacht. König baute eine Presse, bei der die Drucktypen durch Walzen geschwärtzt wurden und unterhalb eines Zylinders durchlaufen, um den das Papier wogrollte, um den Druck zu erzeugen. Es waren zunächst Handmaschinen. Leider fand er zur Durchführung seiner Erfindung in Deutschland keine Geldgeber, so daß er gezwungen war, nach England zu gehen. Dort baute er 1814 zwei Schnelldruckpressen, die durch Dampf angetrieben wurden. Man benutzte sie zum Druck der berühmten „London-Times“, deren Verleger Weitblut genug beläß, Erfinder mit guten Ideen tatkräftig zu unterstützen. Die Moranausgabe vom 29. November 1814 war

Das amtliche ist folgendes:

Soz.
Dup.
Dnl.
Edo.
Komm.
Staatsp.
Nat.-Soz.
Kath. V.
Eogl. V.
Volksr. V.
Wirtschaftsp.
Abg. Stimm.
Wahlbeileig.

Die E.
Detmold
Wahlergebnisse
nationalsozial.
6. November d.
jes Ausmaß d.
erster Linie a.
Hitler selbst n.
kleinen Dörfer
Nationalsozial.
Eigen neun S.
einen einzigen
der Landvolksk.
kraten, die sel.
ununterbroche.
neum auf siebe.
die Kommuni.

Cherom.
Gehaltsfürzun.
Frontkämpfer.

Das Min.
zwei Kabinetts.
Stunden dau.
Staatshaushalt.
schlossen. Die
schläge des Fi.
mig begibt n.
teilung heißt,
gleichgewicht
kommene San.
nimmt an, daß
der Kammer e.

Wie Hav.
beschlossen wo.
Um Heres.
Millionen, am
Streichung von
der Beamten i.
der Landesver.
nen, Kürzung
dung der Pen.
300 Millionen
fionsansprüche
Francs.

Die Haup.
find die folgen.
Erhöhung der
Gebühren für
hung der Sten.
holteuer 100 g.
5 Prozent glei.
ziffernmäßig
Steuern auf J.
Finanzmin.
gegenüber dah.
eine einmalige
durch eine B.
bis zu 12 000
bleiben. Für d.
bis zehn Proz.
lig um 10 Pro.

Was die an.
angehe, haben
Währungsge.
So seien Re.
die während
Um die Ausga.
für die ehem.
55. bzw. 60. g.

Die Wahlen in Lippe

Zuwachs der N. S. D. A. P. — Rechtsmehrheit gesichert.

Detmold, 16. Januar.

Das amtliche Ergebnis der Lipptischen Landtagswahlen ist folgendes:

	6. 1. 29	6. 11. 32	Proz.
Soj.	29 735	31 540	30
Dsp.	4 352	10 054	4,4
Dntf.	5 923	9 576	6,1
Edo.	700	6 412	0,7
Komm.	11 026	4 987	11,1
Staatsp.	828	4 495	0,8
Nat.-Soj.	38 844	2 713	39
Kath. V.	2 531	2 313	2,7
Evgl. V.	4 510	4 064	4,6
Volksp. V.		3 225	2,7
Wirtschaftsp.		5 590	7,4
Abg. Stimm.	98 000		115 709
Wahlbeteiligung	81,7 Proz.	76 Proz.	83,3 Proz.

Mandatsverteilung

Sozialdemokraten 7 (9)
 Deutsche Volkspartei 1 (3)
 Deutschnationale 1 (3)
 Landbund — (—)
 Kommunisten 2 (1)
 Staatspartei — (1)
 Nationalsozialisten 9 (1)
 Katholische Volksvertretung — (—)
 Evangelischer Volksdienst 1 (—)
 Volksrechtspartei — (1)
 Wirtschaftspartei — (1)
 Zusammen: 21 (21).

Die Bedeutung des Wahlergebnisses von Lippe.

Detmold, 15. Jan. Das markanteste Zeichen des Wahlergebnisses von Lippe ist das weitere Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen, die von rund 33 000 am 6. November auf 38 844 am 15. Januar gestiegen sind. Dieses Ausmaß des nationalsozialistischen Erfolges kommt in erster Linie auf das Konto der vielen Reden, die Adolf Hitler selbst nicht nur in den Städten, sondern auch auf kleinen Dörfern des Freistaates Lippe gehalten hat. Die Nationalsozialisten werden im neuen Landtag von 21 Sitzen neun Sitze innehaben, während sie bisher nur durch einen einzigen Abgeordneten vertreten waren, der von der Landvolkspartei übergetreten war. Die Sozialdemokraten, die seit 1919 durch ihren Landespräsidenten Drake ununterbrochen das Land Lippe regiert haben, sind von neun auf sieben Sitze herabgedrückt worden, und da auch die Kommunisten nicht den erwarteten Zuwachs von eins

Chérons Sparprogramm gebilligt

Gehaltskürzungen. — Verminderung der Ausgaben für die Frontkämpfer. — Steuererhöhungen. — Abstriche auch am Heeresbudget.

Paris, 16. Januar.

Das Ministerium Paul-Boncour hielt an einem Tage zwei Kabinettsitzungen ab, von denen die zweite allein vier Stunden dauerte, und verhandelte über die Sanierung des Staatshaushalts. Es wurden einschneidende Maßnahmen beschlossen. Die Grundlage der Beratungen bildeten die Vorschläge des Finanzministers Chéron, die schließlich einstimmig gebilligt wurden, und zwar, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, „aus der höheren Sorge heraus, das Budgetgleichgewicht unverzüglich wiederherzustellen und eine vollkommene Sanierung der Finanzen zu verwirklichen.“ Man nimmt an, daß die Kabinettsvorlage bereits am Dienstag in der Kammer eingebracht wird.

Wie Havas dazu mitteilt, sind folgende Einsparungen beschlossen worden:

Am Heresbudget 300 Millionen, am Marinebudget 150 Millionen, am Budget des Luftministeriums 200 Millionen, Streichung von Zulagen der Militärpersonen 300 Millionen, der Beamten 300 Millionen, Einsparungen an den nicht an der Landesverteidigung interessierten Budgets 350 Millionen, Kürzung der Beamtengehälter 250 Millionen, Streichung der Pensionen der verwundeten Kriegerwitwen 300 Millionen, Herabsetzung der Altersgrenze für Pensionsansprüche der Frontkämpfer auf 60 Jahre 750 Millionen Francs.

Die Hauptposten der neuen steuerlichen Maßnahmen sind die folgenden: Steuer auf Kraftautomobile 800 Millionen, Erhöhung der Benzinsteuern 400 Millionen, Erhöhung der Gebühren für Einfuhrbewilligungen 250 Millionen, Erhöhung der Stempelsteuer 300 Millionen, Erhöhung der Alkoholsteuer 100 Millionen, Erhöhung der direkten Steuern um 5 Prozent gleich 600 Millionen, sowie eine in dieser Uebersicht ziffernmäßig nicht zum Ausdruck gebrachte Erhöhung der Steuern auf Zucker und verschiedene Zölle.

Finanzminister Chéron äußerte sich Pressevertretern gegenüber dahin, bei der Gehaltskürzung handle es sich um eine einmalige Maßnahme; für später wolle er Ersparnisse durch eine Verwaltungsreform erzielen. Gehälter bis zu 12 000 Papierfranken dürften von der Kürzung frei bleiben. Für die übrigen Gehälter beträgt die Kürzung zwei bis zehn Prozent. Die Minister haben ihre Bezüge freiwillig um 10 Prozent gekürzt.

Was die Kürzung der Ausgaben für die Frontkämpfer angeht, haben sich hier, wie Chéron sich ausdrückte, viele Mißbräuche gezeigt.

So seien Rentenzahlungen an Leute geleistet worden, die während des Krieges überhaupt nicht gedient hätten. Um die Ausgabe zu vermindern solle die staatliche Pension für die ehemaligen Frontkämpfer in Zukunft erst nach dem 55. bzw. 60. Lebensjahr geltend gemacht werden können, an

auf drei, sondern nur auf zwei Mandate erhalten haben, kommt also eine Linksregierung für Lippe nicht mehr in Frage. Die Deutschnationale Volkspartei, die bisher drei Sitze inne hatte, wird nur noch einen Vertreter in den neuen Landtag entsenden. Der Stimmenrückgang der Deutschnationalen von 9750 am 6. November auf 5923 am 15. Januar wird in politischen Kreisen in erster Linie auf den Konflikt zwischen Landbund und Schleicher zurückgeführt, also auf die Einwirkung der großen Politik. Der Evangelische Volksdienst, der bei diesen Wahlen neu in Erscheinung trat, hat ein Mandat erreicht. Die Deutsche Volkspartei, die einen Sitz gegenüber drei Sitzen im Jahre 1929 erhalten hat, hatte Listenverbindung mit den Deutschnationalen vereinbart. Durch das Wahlergebnis ist eine reine Rechtsregierung möglich geworden.

Die Kommunisten, die am 6. November 14 590 Stimmen erhielten, haben diesmal sehr schlecht abgeschnitten. Sie haben 11 000 Stimmen erhalten. Der Stimmenrückgang wird in erster Linie auf landespolitische Gesichtspunkte zurückgeführt.

Die Wahlbeteiligung betrug 81,7 v. H. gegenüber 82,2 v. H. am 6. November 1932.

Damit ist eine Mehrheit von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei (11 von 21 Mandaten) sichergestellt, während jede andere Regierungsbildung ausgeschlossen wurde.

Das Wahlergebnis wird sich nur noch unwesentlich ändern, es stehen noch die Wahlbriefe der nach außerhalb des Landes vertrießen Lipper, etwa 600, aus, deren Wahlbriefe noch bis Montag 18 Uhr eingereicht werden können.

Kommunalwahlen in Brühl

Starke Verluste der SPD — Gewinn der NSDAP

Brühl, 16. Januar.

Am Sonntag fanden in Brühl nach erfolgter Zusammenlegung mit Brühl-Land mit Ausnahme einer Gemeinde Kommunalwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Wahlbeteiligung 75,4 Prozent (80); Zentrum 4158 (5191), Sozialdemokraten 1478 (2065), Kommunisten 2486 (2262), Soj. Arbeiterpartei 253 (37), NSDAP 1204 (909), Nat. Arbeitsgemeinschaft (Deutsh. Volksp.) 589 (612), Handwerk, Gewerbe und Arbeit 75 (—), Parteilose Volksgemeinschaft 369 (—). (In Klammern Vergleichszahlen der Reichstagswahl vom 6. November 1932.) Mandate (vorläufig): Zentrum 13, Sozialdemokraten 4, Kommunisten 8, NSDAP 3, Nat. Arb.-Gem. 1, Parteilose Volksgem. 1.

Reichskanzler von Schleicher erläßt eine Warnung an die Öffentlichkeit, die sich gegen Ausschreitungen in der Agitation richtet und scharfe Gegenmaßnahmen ankündigt.

Statt wie bisher nach dem 50. bzw. 55. Lebensjahr. Um Härten zu vermeiden, sollen die Frontkämpfervereinigungen ermächtigt werden, alle Jahre eine „Lotterie des nationalen Danke“ zu veranstalten, deren Erträge den Kriegssopfern zufließen.

Die Frontkämpfer haben bereits Protest gegen die Maßnahmen der Regierung angemeldet.

Abschluß der Stillhalteverhandlungen

London, 16. Januar.

Die neuen Stillhaltebesprechungen, die dieser Tage in London geführt wurden, haben grundsätzliche Entscheidungen nicht gebracht. Von Seiten der Gläubiger, besonders der Amerikaner, wird nach wie vor auf einer wesentlichen Berückichtigung der Kreditlinien bestanden.

Frankreich und Italien

Berenguer vor dem Aussch. — de Jouvenels Aufgabe in Rom.

Paris, 16. Januar.

Vor dem Auswärtigen Aussch. des französischen Senats hat der Vorsitzende Henri Berenguer über die französisch-italienischen Beziehungen vom Jahre 1915 bis 1932 berichtet, wie sie sich auf Grund der Akten des Quai d'Oran darstellen. Berenguer führte aus, der Ursprung der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten geht auf die Friedensverträge zurück, die dem Londoner Vertrag, der den Kriegseintritt Italiens bestimmte, nicht gebührend Rechnung getragen hätten. Berenguer legte dann die verschiedenen Verständigungsversuche dar, die in den Jahren 1920, 1923, 1927 und 1929 erfolgten, bis heute aber noch zu keiner Einigung geführt haben.

Berenguer hat dabei die Arbeit der letzten Botschafter in Rom anerkannt und de Jouvenel zu seiner jetzigen Entsendung nach Rom beglückwünscht.

Die Mission de Jouvenels, so erklärte Berenguer, müsse einen entscheidenden Schritt zur französisch-italienischen Annäherung bringen durch Vereinigung der zwischen beiden Ländern durch die Friedensverträge aufgetauchten europäischen und kolonialen Fragen.

Der Aussch. hat zum Schluß der Aussprache seinen Vorsitzenden beauftragt, den Außenminister um mündliche Mitteilung gewisser, auf das französisch-italienische Verhältnis bezüglicher Schriftstücke zu bitten, die ihm bisher nur inhaltsweise bekanntgegeben worden sind.

Danzig und Saarfragen in Genf

Genf, 16. Januar.

Die Ende des Monats stattfindende Tagung des Völkerbundsrates wird sich mit der Kontingentsfrage, die in den strittigen polnischen Wirtschaftsfragen eine große Rolle spielt, beschäftigen. Auch die Erneuerung des Mandats der Saarregierung steht zur Verhandlung.

Kabinetts-Erweiterung?

Vorbereitung der Kabinettsratsitzung. — Neue Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin, 16. Januar.

In dem innerpolitischen Klärungsprozeß werden für die nächsten Tage bedeutende Entscheidungen erwartet. Am Freitag tritt der Kabinettsrat zusammen, um über die Wiederaufnahme der Plenarberatungen des Reichstags und die Tagesordnung des nächsten Sitzungsdienstes endgültig Beschlüsse zu fassen. An sich ist bisher die Wiedereröffnung des Reichstages am 24. Januar in Aussicht genommen. Verbleibt es dabei, dann muß der Reichstag Ende Januar sich darüber schlüssig werden, welche Haltung er weiterhin dem Kabinettsrat von Schleicher gegenüber einnehmen will. Für den Fall, daß der Reichstag dem amtierenden Kabinettsrat das Mißtrauen aussprechen wird, ist mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen.

Angeht die Bedeutung, die unter diesen Umständen den jetzt zu treffenden Entscheidungen zukommt, rechnet man mit weiteren Besprechungen des Reichspräsidenten oder des Reichskanzlers mit den Parteiführern, wie auch eine Umbildung der Reichsregierung nicht völlig ausgeschlossen ist. Zunächst wird der Reichskanzler wahrscheinlich mit dem Zentrumsführer Dr. Kaas sowie mit einem Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Fühlung nehmen. Weiter erwartet man eine Unterredung des Reichskanzlers von Schleicher mit Adolf Hitler. Aber auch hierbei handelt es sich zunächst um Mutmaßungen.

Was die Unterredung des Reichskanzlers mit dem deutschnationalen Parteivorstand, Geheimrat Dr. Hugenberg, betrifft, so will man in politischen Kreisen wissen, daß in dieser Unterredung auch die Möglichkeit einer Erweiterung der Basis der Regierung von Schleicher behandelt worden ist. Nach diesen Kombinationen soll der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser als Vizekanzler in Aussicht genommen sein, während gleichzeitig auch beabsichtigt sei, Dr. Hugenberg und Siegelwald zum Eintritt in das Kabinettsrat zu bestimmen.

Von zuständiger Stelle wird angeführt, daß der vertraulichen Charakters der bisherigen Besprechungen jede ergänzende Mitteilung abgelehnt. Zur Stunde erklärt man lediglich, seien alle Eventualitäten noch offen. Ueber eine Unterredung des Kanzlers mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Feder, wie sie von einzelnen Zeitungen behauptet worden ist, ist an zuständiger Stelle nichts bekannt. Weiter wird dort festgestellt, daß die Behauptung einer Reihe von Blättern, die Unterredung des Reichspräsidenten von Hindenburg mit Strasser in der vergangenen Woche habe mehrere Stunden gedauert, nicht zutrifft. Die Besprechung war nach etwa einer halben Stunde beendet.

Entscheidend für den weiteren Verlauf der innerpolitischen Entwicklung ist zu einem erheblichen Teil die Haltung der Nationalsozialisten. Ohne die Zustimmung der NSDAP ist so z. B. eine Vertagung der Wiedereröffnung des Reichstags auf den März nicht möglich. Die Reichsregierung ist anscheinend entschlossen, eine Vertagung des Reichstags als eine Tolerierung zu werten und daraus für sich selbst die Folgerung restloser Handlungsfreiheit zu ziehen. Auf alle Fälle wird also die neue Woche von innerpolitischen Fragen beherrscht sein.

Abgelesen vom Kabinettsrat tagen in der neuen Woche auch die Ausschüsse des Reichstages in vergrößertem Umfang. Vorgelesen sind so Sitzungen des Haushaltsausschusses, der in eine wirtschaftspolitische Aussprache eintreten wird, des sozialpolitischen Ausschusses, der zunächst Anträge zum Freiwilligen Arbeitsdienst und zur Arbeitsdienstpflicht zu beraten hat, und des Wohnungsausschusses, in dem als erster Verhandlungspunkt ein Antrag der Bayerischen Volkspartei über Wohnungsbauzuschüsse für Gewerbetreibende behandelt werden wird. Am Freitag tritt auch der Auswärtige Aussch. wieder zusammen, um in einer ausgedehnten Aussprache zu allen schwebenden außenpolitischen Fragen wie auch zu Fragen der Handelspolitik Stellung zu nehmen.

Der Preussische Landtag versammelt sich bereits am Dienstag, den 17. Januar, wieder. Er wird bis zum Freitag Anträge aller Art behandeln und auch zu den Schulfragen Stellung nehmen.

Ereue um Ereue

Eröffnung der Saarländischen Ausstellung.

München, 16. Januar.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichs- und Landesbehörden wurde in München die Saarländische Ausstellung 1933 feierlich eröffnet. Der erste Vorsitzende der Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine, Kunstmaler Johannnes, begrüßte die Gäste und führte aus, der Bund der Saarvereine habe es sich zur Aufgabe gemacht, durch lebendigen Austausch der Gedanken diesseits und jenseits der uns ausgezwungenen unnatürlichen Trennungslinie das Gefühl unauflöslicher Zusammengehörigkeit mit Gesamtdeutschland zu erhalten. Im Rahmen der Aufklärungsarbeit solle diese Saarländische Ausstellung das Gelübnis erneuern: *Ereue um Ereue*. Oberbürgermeister Dr. Schrägall sprach die Zuversicht aus, daß die Ausstellung des Saarlandes fröhlichen Widerhall finden werde. Der Präsident des Landesrates des Saargebietes Scheuer überbrachte Gruß und Dank der Saarländer, die kein anderes Ziel kennen, als deutlich zu bleiben in alle Zukunft.

Eine Lösung der Saarfrage, die dem Recht und der Gerechtigkeit zum Siege ver helfe, werde ein mächtiger Schritt auf dem Wege sein, der aufeinander angewiesene Nationen zum Wohle ihrer Völker zu gemeinsamer fruchtbarer Zusammenarbeit führen könne. Der Wille der Saarbevölkerung zum deutschen Vaterlande zurückzuführen, müsse Verständnis finden nicht nur im ganzen deutschen Vaterlande, sondern allüberall dort, wo man den Ernst des ganzen Problems sehe und zur Mitarbeit an einer glücklichen Lösung des selben bereit sei.

Ministerpräsident Dr. Held

führte u. a. aus: Am heutigen Tage legen wir erneut das Bekenntnis ab, daß wir unsere Volksgenossen im Saargebiet niemals im Stich lassen werden, daß wir hier vielmehr alles daran setzen wollen, um die volle Einheit wieder herzustellen und unsere Brüder zum Mutterlande zurückzuführen. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis unser Recht uns wieder gewonnen ist und daß uns wieder die Grenzen unserer Einheitlichkeit eingeräumt werden, die kein Mensch hinwegwischen kann. Wenn man vernünftig wäre, müßte man

heute schon das Recht des Verfallens Vorlauges aufzuheben und nicht erst auf die Zustimmung im Jahre 1935 warten, die doch für Deutschland einen überaus wichtigen Sieg und ein freies deutsches Saarland bringen wird.

Chinesischer Protest

Wegen der Verletzung Schanghaiwuns.

Genf, 16. Januar.

Die chinesische Regierung hat unter Berufung auf das Protokoll vom Jahre 1901 einen klaren Protest an die Unterzeichner des Protokolls wegen des japanischen Angriffes auf Schanghaiwuns gerichtet. Die chinesische Delegation hat dem Generalsekretär des Völkerbundes erklärt, den Protest allen Völkerbundsmitgliedern bekanntzugeben. In dem Protest heißt es, daß die chinesische Regierung jede Verantwortung für die Lage ablehnt, die aus der Ausübung der legitimen Verteidigung durch chinesische Truppen entstehen sollte.

In einer anderen Note an den Völkerbund stellt der chinesische Delegierte Dr. Yen fest, daß die chinesische Regierung niemand beauftragt habe, wegen des Angriffes auf Schanghaiwuns mit den japanischen Behörden zu verhandeln.

Nach Meldungen aus Peking ist der japanische Vorrat gegen die Provinz Jehol durch einen großangelegten Überfall der chinesischen Gegenangriff, der in Richtung Lomon bis in die Provinz hineinreichte, zum Stehen gekommen. 30.000 chinesische Freischützer unter Führung des Generals Fenggonghai unterstützen von Truppen unter General Tanggulin, haben die rückwärtigen japanischen Verbindungen und Stützpunkte erfolgreich angegriffen. Während sich diese Kampfhandlungen außerhalb der Großen Mauer abspielten, ist südlich derselben und in Peking und Tientsin alles ruhig geblieben.

Neue Bombenfunde in Spanien

Insgesamt sollen etwa 10.000 Personen Bomben erhalten haben.

Madrid, 16. Januar.

Die Bombenfunde in Spanien dauern immer noch an. Die Polizei glaubt, daß etwa 10.000 Personen Bomben erhalten haben. Die Zahl der Verhaftungen ist ebenfalls immer noch bedeutend, so wurden beispielsweise in Salent 25 und in Verida 11 Personen verhaftet. Das Gewerkschaftsblatt in Barcelona ist wegen zweier Artikel, die als Aufreizung zum Aufruhr gedeutet wurden, vom Zivilgouverneur mit einer Geldstrafe von 20.000 Peseten belegt worden.

In Medina Sidonia (Provinz Cadix) sind 200 Gendarmen als Verstärkung angekommen. Sie haben einen Streifzug ins Gebirge unternommen und dort etwa 30 bewaffnete Gendarmen festgenommen. Die Gendarmen haben sich nach Eintreffen der Gendarmen weiter ins Gebirge zurückgezogen.

Das neue rumänische Kabinett

Bukarest, 16. Januar.

Das Kabinett Bajda-Boimod ist nunmehr gebildet worden. Das Innere übernimmt Mironescu, das Äußere Titulescu, die Finanzen Radgearu. Minister für Siebenbürgen ist Hagiegan. Das Unterstaatssekretariat für Minderheiten, das in der Regierung Manu nicht mehr bestanden hatte, ist wieder eingeführt und Serban, der Siebenbürger Rumäne ist, übertragen worden.

Tschechei und Deutschland

Prag, 15. Januar.

Außenminister Dr. Beneš gab vor dem Bundestag des Abgeordnetenhauses Erklärungen über die Beziehungen der Tschechoslowakei zu den Nachbarstaaten ab. Er sagte u. a.: Abgesehen von der Zollunion hatten wir keinen ersten Konflikt mit einem unserer Nachbarn. Die verantwortlichen Kreise Deutschlands und der Tschechoslowakei stehen zu einander in sehr guter politischer Beziehung. Wir wünschen das beste Verhältnis zu Polen, Deutschland, Österreich, insbesondere zu Ungarn. Gegenüber Ausführungen eines Abgeordneten erklärte er, er sei fest überzeugt, daß die Tschechoslowakei einen Krieg mit Deutschland nicht zu fürchten brauche. Schließlich sagte der Minister: Um aus der heutigen schweren Wirtschaftslage herauszukommen, muß vor allem ein politisches Einverständnis über die prinzipiellen Fragen getroffen werden.

Auslieferung des Kirchenschatzes?

Riga, 16. Januar.

Wohl als ein Jahr nach der Entzignung des Riger Doms, der größten deutschen Kirche Lettlands, haben die Leten einen erneuten Anschlag gegen deutsches Eigentum gemacht. Die neue lettische Domverwaltung hat an dem Vorstand der deutschen Domgemeinde zwei Schreiben gelangt. In dem einen Überlassung der beiden Domfriedhöfe mit ihren Kapellen und die Auslieferung des Kirchenschatzes der deutschen Domgemeinde verlangt wird. Beim Kirchenschatz handelt es sich um ein schönes altes silbernes Altar- und Abendmahlsgesetz, das mehrere 100 Jahre alt ist. Der eine Friedhof gehört zu den ältesten der Stadt und enthält Gräber aus mehreren Jahrhunderten.

Ausschußtagung der Volkspartei

Berlin 16. Januar.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei nahm einen Bericht des Parteivorstandes Dr. Dingeldey über die politische und wirtschaftliche Lage entgegen. In der Aussprache wurde

hinsichtlich des Kabinetts von Schleicher die Bereitschaft zur tätigen Mitarbeit

ausgedrückt. An den Einzelheiten verschiedener Maßnahmen der Regierung wurde Kritik geübt. Gefordert wurde die Reubelegung aller Wirtschaftskräfte und die Erhaltung des Mittelstandes. Ein gedeihliches Funktionieren des parlamentarischen Systems werde erst dann möglich sein, wenn durch die Reform der Verfassung und die innerpolitische Gesundung ein wirklich arbeitstüchtiger Reichstag geschaffen wird.

Zusammenkunft Hugenberg—Hitler?

Kombinationen über den Empfang Hugenburgs beim Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Januar.

Die Blätter beschäftigen sich erneut ausführlich mit der politischen Lage, wobei die Ansichten, ob es zu einer Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler kommen wird, geteilt sind. Es wird aber betont, daß dies voraussichtlich kaum vor Dienstag der Fall sein dürfte. Die „Börsen-Zeitung“ verzeichnet in diesem Zusammenhang ein in parlamentarischen Kreisen umlaufendes Gerücht über eine beabsichtigte Zusammenkunft zwischen Dr. Hugenberg und Hitler am heutigen Montag.

Das Blatt meint, daß der Empfang Hugenburgs beim Reichspräsidenten, über den eine offizielle Mitteilung nicht herausgegeben ist, die erste Auswirkung der Beziehungen zwischen Schleicher und Hugenberg gewesen sei, die „allgemein Ansehen nach zu einer starken persönlichen Annäherung“ geführt habe. Ob sich aus dieser Annäherung schon eine praktische Möglichkeit zu einer etwaigen Vertretung der politischen und personellen Grundlage der Regierung Schleicher ergeben habe, lasse sich im Augenblick noch nicht überlegen. Man werde zunächst die Zusammenkunft zwischen dem Reichspräsidenten und dem Zentrumsführer Dr. Kaas abwarten müssen.

Diese Zusammenkunft wird in der Mehrheit der Blätter gleichfalls für den heutigen Montag in Aussicht gestellt. Die „Germania“ gibt daneben den Anschein aus, daß für die wirtschaftliche Beruhigung „nur sehr wenig gewonnen wäre, wenn man die parlamentarischen Entscheidungen bis in den März hinauszögere, ohne daß sich an dem Kampfsitzstand der Parteien etwas ändern werde.“

Unterredung Roosevelt—Swanson

Newport, 16. Januar.

Über die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Abrüstungskonferenz, die Kriegsschuldenfrage und eine Reihe anderer außenpolitischer Probleme hatte Franklin Roosevelt eine eingehende Unterredung mit dem demokratischen Senator Claude Swanson. In dieser Unterredung mußte man, so meint „Herald Tribune“, einen Beweis dafür erbringen, daß Roosevelt an der Durcharbeitung seiner außenpolitischen Linie arbeite, bevor er sich seinen Staatssekretär auswählt. Zu der Frage der Unabhängigkeit der Philippinen eine Erklärung abzugeben, lehnte Roosevelt ab.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Dienst am Volk. Bei all der Aufbauarbeit, die innerhalb unserer deutschen Mannesjugend, und besonders auch in Bielefeld, geleistet wird, um der Jugend wieder neue stützende Kräfte zu vermitteln, ist wohl die Arbeit der christlichen Jugend stark anzuerkennen. Auch der Christliche Verein junger Männer „Bielefeld“, Papenmarkt 2, nimmt regen Anteil an dieser Aufbauarbeit. Bringt schon das Monatsprogramm dieser Bewegung mancherlei Beachtenswertes, so verdient doch die kommende Woche besondere Beachtung. Turn- und Sportsekretär Albert Michaelis-Berlin, der in den Kreisen der christlichen Jugend und darüber hinaus bekannt ist, wird in den kommenden Tagen in der Volkshalle, Bielefeld, Papenmarkt 2, einige wichtige Vorträge halten, die gerade auch für die Jetztzeit besonders für unsere deutsche Mannesjugend von großem Wert sind. Durchtränkt von starker Lebenserfahrung, die sich Herr Michaelis auf seinen Reisen und durch seine Arbeit innerhalb der Jugend erworben hat, werden sich die Vorträge — siehe heutiges Inserat — mit drei aktuellen Fragen beschäftigen, und es sei daher empfehlend auf diese Vortragsreihe hingewiesen.

Eine Sonderausstellung im Städt. Museum.

In der geschichtlichen Abteilung des Städt. Museums in Bielefeld, Werkerstraße 3, wurde am Sonntag, den 15. Januar eine neue Sonderausstellung eröffnet „Kirchliche Kunst in Stadt und Land.“ Kirchliche Kunst in Stadt und Land. Es ist alles einmal zusammengefasst worden, was Bielefeld und seine weitere Umgebung an kirchlicher Kunst besitzt oder einmal besessen hat. Selbst wer die Kultur- und Kunstgeschichte unseres Landes einigermaßen zu kennen glaubt, wird freudig überrascht sein von dem, was an Wertvollem vorhanden ist, und wird gleichzeitig bedauern, daß wir im 19. Jahrhundert mancherlei Schönes verloren haben. Aus dem Bamberger Diözesanmuseum ist z. B. die prachtvolle, frühgotische Madonna für einige Wochen nach Bielefeld heimgekehrt. Jahrhundertlang hat sie in der Bielefelder Johankirche die Menschen erfreut. Sie wird uns nach Schluß der Ausstellung aber wieder verlassen, da sie eine Leihgabe ist.

Außer Führungen im Museum und in den Bielefelder Kirchen werden auch kunstgeschichtliche Ausflüge nach Heepen, Schloßsche, Steinhagen und Dornberg veranstaltet. Vereine und Organisationen, die Sonderführungen wünschen, tun gut, sich bald an die Museumsverwaltung zu wenden, Fernsprecher 6000. Die Ausstellung dauert vom 15. Januar bis 15. Februar. Das Museum ist an Werktagen (außer Montags) von 11—13 und 15—17 Uhr, Sonntags von 10—13 Uhr geöffnet. Sonderführungen außerhalb dieser Besuchszeiten sind nur nach rechtzeitiger Vereinbarung der Zeit möglich.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Montagabend: Zusammenkunft der Gruppenmütter und Selbsterinner.

Montagabend: Turnen und Gymnastik.

Dienstag: Bethelgruppenabend, jüngere Abteilung, im Heim.

Mittwoch: Vereinstunde (Frageabend).

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8¼ Uhr Männerchor in „Ephraim“.

Dienstag 8¼ Uhr Bibelstunde durch Herrn Pastor Jungblut.

— Frauenhilfe. Mittwoch, den 18. Januar, ¼4 Uhr im Affaphaum.

Th. Peitzold's Tropfen

das allerprobste, viel tausendmal bewährte Mittel bei Asthma, Husten, Blutspucken.

Originalpackung mit Bild. Preis 1,50 Mk.

Zu haben in den Apotheken.

Alleinhersteller: Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg

Gustav Vinnen, Bielefeld

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts“.

für Monat 1933. Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Kettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einpenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pf. Bestellgeld.

.) Nichtzutreffendes streichen.

WALTER FILLIES

Uhren, Gold- u. Silberwaren

Reparaturen

preiswert u. sauber

Bielefeld, Gütersloherstr. 40a

Gegenüber Bethel-Eingang

19jähriges Mädchen (Lehrzeit

und Haushaltungsschule) sucht

Stelle als Haushälterin

zur gründlichen Erlernung des Haushalts bei Familienanschluss (evtl. Zuzahlung). Gerda Pappe, Lüdenscheid (Westf.), Karlsplatz 8.

Für junge Männer und Männer!

Albert Michaelis, Berlin

Turn- und Sportsekretär

spricht im Christlichen Verein junger Männer „Bielefeld“, Papenmarkt Nr. 2

Montag, den 16. Januar, 20,15 Uhr:

Die durchbrechenden Leidenschaften Ein Beitrag zum sexuellen Problem

Dienstag, den 17. Januar, 20,15 Uhr:

Heidentum inmitten der Christenheit

Mittwoch, den 18. Januar, 20,15 Uhr:

Ein aufsehenerregender Prozeß

Eintritt frei

Jeden Nachmittag 4 Uhr: Bibelstunde für Damen und Herren „Das neue Leben“

* EINE Wünschelrute *

zu den verborgenen Wissensschatzen des Lebens wünscht sich wohl jeder. Wie bald müßte sie sich reich bezahlt machen!

Sie können sie haben!

Verlangen Sie in einer Buchhandlung oder unmittelbar vom Verlag die reich ausgestattete Schrift, die kostenlos abgegeben wird

DIE Wünschelrute

Praktische Winke für Leben und Wissen, Arbeit und Unterhaltung

F.A. BROCKHAUS LEIPZIG

Der Unterzeichnete bittet um kostenlose Zusendung der Schrift „Die Wünschelrute“

Name und Stand:

Ort und Straße:

Schriftleitung: B. Kraas: Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttei; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schloßbach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.